

Und ewig kreist der Joint

Experten wollen den Cannabiskonsum regeln – Stoff für eine Endlosdebatte

Von Martin Furrer

Zürich. In einem Haus am Hirschengraben in Zürich, an leicht erhöhter Lage und darum an einem Ort, der symbolhaft für relative Weitsicht stehen könnte, tritt am Dienstag Marina Carobbio vor die Medien. «Weltweit», sagt die Präsidentin der «Nationalen Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik», habe sich «die Erkenntnis durchgesetzt: Drogenhandel und Drogenkonsum lassen sich mit der bisherigen Politik nicht zufriedenstellend bekämpfen.»

Verbote, sagt die Tessiner SP-Nationalrätin und Ärztin, hätten nichts gebracht: «Durch die Illegalität verlagert sich der Drogenhandel nur auf den Schwarzmarkt.» Die Politikerin eröffnet mit ihrem Referat einen Anlass, der unter dem schwerfälligen Titel steht: «Entkriminalisierung und Legalisierung des Konsums psychoaktiver Substanzen und Reglementierung des Handels.»

Wir schreiben den 8. April 2014. Ein deprimierendes Datum. Denn schnell wird klar: Mag hier der Horizont auch ein wenig breiter erscheinen als in der Altstadt unten, so sind die Aussichten doch insgesamt bedrückend. Die Arbeitsgemeinschaft, ein seit 1996 bestehender Zusammenschluss von rund 30 Verbänden und Organisationen, versucht verzweifelt, ein Thema neu zu beleben, das hierzulande schon tausend Tode gestorben ist.

Carobbio sagt beschwörend: «Die Schweiz braucht neue Ansätze in der Drogenpolitik.» Sie sagt: «Wir müssen Alternativen prüfen zum generellen Verbot von Konsum, Besitz, Anbau, Produktion und Handel aller illegaler psychoaktiver Substanzen.» Sie verspricht: «Wir freuen uns darauf, uns der Diskussion zu stellen.»

Flashback am Hirschengraben

Haben wir das nicht alles schon einmal gehört? Der Anlass am Hirschengraben löst einen Flashback aus – eine Nachhall-Erinnerung, wie sie nach starkem Drogenkonsum gelegentlich vorkommt.

1996 legt der damalige Basler FDP-Polizeidirektor Jörg Schild als Präsident einer Expertenkommission dem Bundesrat ans Herz, das Kiffen zu legalisieren. «Die Kommission», heisst es in seinem Rapport, «ist der Auffassung, dass sich die Bestrafung von Konsumierenden nicht weiter rechtfertigen lässt. Ihre generalpräventive Wirkung ist nicht



«Auf angemessene Weise regulieren». Der Umgang mit Kiffen beschäftigt Politiker seit Jahrzehnten. Foto Keystone

nachgewiesen, sie eignet sich kaum für einen besseren Zugriff auf Drogenhändlerkreise.»

1999 kommt die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen zum Schluss: «Vor dem Hintergrund der markanten Zunahme des sozialen Stellenwertes von Cannabis befürwortet die Kommission, der Cannabis-Frage einen besonderen Status unter den heute illegalen Drogen einzuräumen. Dabei geht es nicht darum, den Konsum von Cannabisprodukten zu verharmlosen, sondern Wege zu finden, diesen auf angemessene Weise zu regulieren.»

2001 legt der Bundesrat Ideen zum Umgang mit dem Kraut vor: Er bevorzugt ein Modell mit staatlichem Verkauf und Kontrollmonopol inklusive Jugendschutz. Der Nationalrat will davon allerdings nichts wissen.

Auch das Volk bleibt skeptisch. Es lehnt 1998 die Initiative «für eine vernünftige Drogenpolitik», welche Straffreiheit für Drogenbesitz und -konsum

postuliert, ebenso ab wie 2008 die Hanf-Initiative.

In den vergangenen Jahrzehnten ist hierzulande eine Industrie aus Fachleuten, Organisationen, Verbänden und Institutionen entstanden, die nichts anderes tut, als die von Carobbio geforderte Diskussion am Laufen zu halten.

Verharren im Ungefähren

Zuletzt teilte Ende März die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen mit, sie habe sich «mit grundsätzlichen Fragen der Cannabis-Regulierung auseinandergesetzt». Leider müsse sie feststellen, dass das «aktuell geltende Verbot von Cannabis bis heute nicht zufriedenstellend gelöst» sei.

Da ist Thomas Kessler, Leiter der Basler Kantons- und Stadtentwicklung, gelernter Agronom und Drogenexperte, immerhin konkreter. Er schlug jüngst im «Schweizer Bauer» ein Staatsmonopol für den Anbau und Vertrieb von Cannabis vor, inklusive detaillierter

Steuerberechnungen für Landwirte und die Bundeskasse.

Sonst aber ist wenig Bewegung im Stillstand auszumachen. Seit Oktober 2013 bestraft die Polizei volljährige Konsumenten, die mit maximal zehn Gramm Cannabis für den Eigengebrauch erwischt werden, bloss noch mit einer Ordnungsbuss von 100 Franken. Auf eine Strafverfolgung wird verzichtet. Im Übrigen gilt: Kiffen ist verboten, aber weit verbreitet.

Was nun? Die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik bleibt im Ungefähren. Sie formuliert «strategische Empfehlungen» – es ist nicht der Stoff, aus dem die Träume sind. Städte sollen «neue Lösungsansätze testen», der Bund muss «bestehende Handlungsspielräume evaluieren», Kantone haben «Modellversuche zu unterstützen». Das ist wie Kiffen ohne Inhalieren: Es wird folgenlos bleiben. Carobbio sagt: «Es braucht jetzt Pilotprojekte.» Und ewig kreist der Joint.

Klatsch politique

Susanne Hochuli, Kapitänin ohne eigenen Dampfer, wohnt sich bei der Grippe-Diskussion auf dem falschen Dampfer. Die Aargauer Militärdirektorin, eine erklärte Gegnerin der Kampfpflicht-Beschaffung, glaubt nicht daran, dass der Grippe die eidgenössische Luftflotte garantieren kann. «Es ist etwa so, wie wenn die Schiffmodellbauer auf dem Hallwilersee behaupten würden, sie kommandierten die Schwarzmeer-Flotte.» In diesem Sinne: Kapitänin ahoi! thw



Er wird bald 80 und beweist, dass man selbst im hohen Alter begeisterungsfähig bleiben kann. **Jean Ziegler**, Genfer Publizist, freut sich in der Zeitung



«Work» über «sogenannte Flashmobs», die in den USA erfunden worden sind. Ein Flashmob ist eine spontane Demonstration, wie sie kürzlich in Genf gegen die Rüstungsindustrie stattfand. Erstaunliches Fazit des Amerikakritikers Ziegler: «Man kann immer von Amerika lernen.» mfu

Nachrichten

Mangel an Hebammen und Physiotherapeuten

Winterthur. Ausbildungsplätze für Hebammen und Therapeuten sind rar. Eine Studie schlägt nun Alarm: Weil der Bedarf an solchen Fachleuten bis 2025 stetig steigen wird, zeichnet sich ein Engpass ab. Ohne ausländische Arbeitskräfte sei die Versorgung gefährdet. Physiotherapeuten und Hebammen werden künftig gefragter sein denn je, prognostizieren Forscher der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). SDA

Mutmassliches Schmiergeld blockiert

Bellinzona. Für die Lieferung von russischen Flugzeugen an Peru während der Ära des ehemaligen Staatspräsidenten Alberto Fujimori sind «Provisionen» auf ein Schweizer Konto geflossen. Das Bundesstrafgericht hat das Gesuch des Kontoinhabers für eine Aufhebung der Sperre abgelehnt. Laut Bundesstrafgericht sind rund 16 Millionen Dollar an «Provisionen» beim Verkauf von drei russischen Flugzeugen des Typs MiG 29 SE auf zwei Konten in der Schweiz einbezahlt worden. SDA

Den Strommarkt nicht völlig liberalisieren

Bern. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats ist gegen eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts. Sie empfiehlt eine Motion aus dem Nationalrat ohne Gegenstimme zur Ablehnung. Mit der Motion verlangt der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser, dass alle Anbieter und alle Konsumenten freien und gleichberechtigten Zugang zum Energiemarkt erhalten. SDA

Verfassungsartikel für Hausarztmedizin

Bern. Mit einem neuen Verfassungsartikel soll die medizinische Grundversorgung in der Schweiz gestärkt werden. Vertreter aller grossen Parteien mit Ausnahme der SVP haben am Dienstag für ein Ja in der Abstimmung vom 18. Mai geworben. SDA

Keine Lockerung des Gewässerschutzes

Bern. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats will das Gewässerschutzgesetz nicht erneut lockern. Sie lehnt Vorstösse ab, die der Nationalrat 2013 gutgeheissen hat. Als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» war dies erst 2011 verschrift worden. SDA

Gegen steuerfreie Kinderzulagen

Nein zu CVP-Familieninitiative

Bern. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) will Kinder- und Ausbildungszulagen nicht von den Steuern befreien. Sie stellt sich gegen die CVP-Volksinitiative «Familien stärken». Mit 19 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung beantragt die Kommission bei ihrem Rat, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die steuerliche Freistellung der Kinderzulagen sei wenig zielgerichtet, findet die Kommission. Sie möchte den Bundesrat mit einem Postulat beauftragen, in einem Bericht aufzuzeigen, wie Familien mit Kindern gezielt finanziell entlastet werden könnten.

Beraten hat die Kommission auch über die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe». Zur Diskussion stehen verschiedene Varianten für einen direkten Gegenvorschlag. Ziel ist es, im Sinn der Initiative die Heiratsstrafe bei den Steuern abzuschaffen, dabei aber eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zu vermeiden.

Die Kommission hat die Verwaltung beauftragt, Vor- und Nachteile aller Varianten detailliert darzulegen. Die Verwaltung soll auch aufzeigen, wie ein Gegenvorschlag formuliert sein müsste, damit ein Individualbesteuerungssystem nicht ausgeschlossen wäre. Die Wirtschaftskommission hatte die Verwaltung bereits im Februar mit Abklärungen zu den finanziellen Auswirkungen beauftragt. SDA

Neu erschienen

Die Typologie der Schweiz

Von Eckhard Jesse

Am 9. Februar sagten 50,3 Prozent der Abstimmenden Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative. Der Schweizer Politologe Adrian Vatter konnte das Votum, das in der in- und ausländischen Öffentlichkeit heftige Reaktionen auslöste, nicht mehr berücksichtigen, deutet aber die Probleme der Einheimischen mit «Fremden» an. Sein Buch zum hiesigen politischen System ist die zweite grössere einschlägige Monografie von wissenschaftlichem Rang neben der des Politologen Wolf Linder.

Das ausgezeichnete Werk, gut strukturiert, perspektivenreich gestaltet, anschaulich geschrieben, mit zahlreichen Tabellen und Abbildungen versehen, besticht durch Systematik. Die Einleitung präsentiert unter anderem den Forschungsstand sowie die konzeptionelle und die theoretische Grundlage. Die Theorie lehnt sich an Arend Lijphart an, der zehn Merkmale für seine Typologie der Mehrheits- und Konsensdemokratie heranzieht. Bekanntlich gilt die hiesige Demokratie als der Musterfall einer Konsensdemokratie.

Das Schlusskapitel ordnet die Eidgenossenschaft vergleichend ein: intertemporal, international, subnational. Der Autor erkennt bei der horizontalen Dimension der Machtteilung eine «Abkehr vom Extremtyp hin zum Normalfall einer Konsensdemokratie»,

etwa durch den auf Konflikt angelegten Politikstil der SVP, bei der vertikalen Dimension hingegen Kontinuität. Die Demokratiequalität ist gefestigt, allerdings leicht rückläufig – das Land nimmt gleichwohl weiterhin einen der Spitzenplätze ein. Im subnationalen Vergleich stehen die fünf kantonalen Kantone bei der «liberalen» Demokratiequalität gut da («liberalen» Demokratiequalität ist die plebiszitäre Demokratie), weniger bei der «radikalen» (den plebiszitären Elementen), vice versa gilt das für die Kantone der Deutschschweiz.

Zwischen der Einleitung und dem Resümee sind die Kapitel zu den zehn klassischen Typologiemerkmalen Lijpharts angesiedelt: Wahlsystem, Parteien und Parteiensystem, Verbände und Verbandsystem, Regierung, Zweikammersystem, direkte Demokratie, Verfassung, Föderalismus, Justiz. Die ersten fünf gehören zur horizontalen Dimension der Machtteilung, die zweiten fünf zur vertikalen. Jedes Kapitel ist prinzipiell gleich aufgebaut. Nach einem einleitenden Abschnitt folgen historische Grundlagen, die Funktionsweise, ein internationaler Vergleich, die kantonale Ebene, Zusammenfassung und Diskussion, Literaturverzeichnis sowie, typisch für ein Lehrbuch, ein kurzer Fragenkatalog. Dieses Vorgehen ermöglicht instruktive Vergleiche. Herausragend sind die auf originärer Forschung basierenden Abschnitte

über die 26 Kantone. Was nicht verwundert: Das Element der direkten Demokratie nimmt den grössten Platz ein. Zwar sichert ihre Existenz eher den Status quo, weil im Parlament Konsensfindung angestrebt ist, um keine Niederlage bei Referenden zu provozieren. Doch gibt es in jüngerer Zeit polarisierende Tendenzen. Vatter sieht neben der – wohl etwas überschätzten – Innovations- und der Integrationswirkung der Referenden ihre Schwächen in der betont minderheitenkritischen Sicht gegenüber «Fremdgruppen».

Der Autor hat Politologe Linder nicht nur an der Universität Bern abgelöst, sondern auch dessen Werk als «die» Studie zur Schweiz. Die Systematik des Werkes, stärker ausgeprägt als bei Linder, besticht ebenso wie seine Faktentreue und seine politikwissenschaftliche Analysekraft, bezogen auf Methodik und Inhalt. «Der Vatter» ist «der neue Linder».

Eckhard Jesse ist Politologieprofessor an der Technischen Universität Chemnitz.



Adrian Vatter: **Das politische System der Schweiz.** Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014, 42,90 Franken.